

## E r i n n e r u n g s v e r m e r k

über die Parteienbesprechung am 23. Mai 1956 von 4 - 5 Uhr.

Anwesend: Raab, Maleta, Weinberger, Kraus, Gorbach;  
Schärf, Helmer, Waldbrunner, Pittermann, Jonas.

Nach kurzen einleitenden Worten über das nach Schluss der Beratungen herauszugebende Komunique - man vertagte die Entscheidung über die Einzelheiten auf den Schluss der Verhandlung - verliest Raab den

### I. Vorschlag der Volkspartei zur Regierungsbildung.

Über das, was Raab vormittags Schärf mitgeteilt hat, hinausgehend, verliest er bezw, bemerkt er:

Das Heerwesen soll nicht zur Bildung einer Parteiarmee führen, aus diesem Grunde erfolge der Vorschlag.

Beim Justizministerium sagt Raab "wie bisher", in dem schriftlichen Vorschlag steht "Besetzung durch einen Neutralen", ob Raab die Fortsetzung dieses Zustandes meint und ob dieses Ministerium aus dem Geltungsbereich der SPÖ herausfallen soll, darüber sagt er nichts.

Kompetenzänderungsgesetz und Änderung des Verstaatlichungsgesetzes  
Verkehrsministerium soll auf die Bahnen, Post und Elektrizitäts-  
Energie beschränkt werden; hinsichtlich der verstaatlichten Unternehmungen wird jetzt auch das Wort "Volksaktie" gebraucht. Er betont den Wunsch, die Sicherheitsdirektionen aufzulösen und er erwähnt dabei, dass Personalangelegenheiten bei der Polizei in Wien gelöst werden müssten; dabei fällt der Name Lehmann.

Auf dem Sektor der Wirtschaftsverwaltung sollen die Fragen der Ernährung dem Landwirtschaftsministerium aus dem Bereich des Innern übertragen werden.

Hinsichtlich der Personalsachen betont er, alle Personalsachen auch die bei der Bahn, soweit sie die zwei obersten Dienstklassen betreffen 8 und 9 (bei der Bahn 9 und 10) sollen durch die Bundesregierung gehen.

Bei den verstaatlichten Betrieben soll man dieselben Steuern einheben wie bei den Privatbetrieben.

Beim Deutschen Eigentum könne man sich an die Vereinbarung halten, die zwischen Bock und Gehart erzielt wurde, auf der Grundlage einer Veräußerungsklausel, wobei das Finanzministerium veräußerungsberechtigt sei, jedoch mit parlamentarischer Berichterstattung.

Grundsätzlich soll dann, wenn in der Bundesregierung keine Einstimmigkeit erzielt wird, nach Ablauf einer gewissen Frist die Mehrheit entscheidungsberechtigt sein und ~~nun~~ diese Entscheidung der Mehrheit soll dann als Regierungsvorlage alle binden.

S c h ä r f wendet sich sofort gegen diese Bestimmung, die mit der Verfassung und mit der Ministerverantwortung nicht im Einklang stehe, er erklärte, dass die gemachten Vorschläge nach seiner Meinung eine unannehmbare Grundlage seien; sie enthalten auch nicht die im Wahlkampf betonten Punkte; die Sozialistische Partei verlange die Erweiterung des Programmes um Steuersenkung, Altersvorsorge für die Selbständigen, Entpolitisierung des öffentlichen Dienstes und um die Aufbesserung der öffentlichen Angestellten.

Auf die Frage Waldbrunners antwortet Raab: Luftfahrt, Fremdenverkehrsförderung etc. soll vom Verkehrsministerium wegkommen.

Diese Besprechung dauert etwa 15 Minuten; dann wird über das Kommunique gesprochen. Wir verlangen die volle Veröffentlichung der Vorschläge der Volkspartei, Raab<sup>ist</sup> dafür, die übrigen Volksparteiler sind dagegen. Um  $\frac{1}{2}$  5 Uhr wird die Verhandlung unterbrochen; die Unterbrechung dauert 25 Minuten, dann einigt man sich auf ein kurzes Kommunique; die Sozialisten betonen, sie würden mit einer ausführlichen Verhandlungsdarstellung hervortreten, wenn in der sogenannten unabhängigen Presse oder in der Presse der Volkspartei eine Darstellung der Verhandlung erfolge.

S c h ä r f wiederholt: Die Sozialistische Partei stehe auf dem Standpunkt, die Verteilung des Regierungseinflusses nach dem Muster des Jahres 1949 durchzuführen.